



## Honorarerhöhungen von heute dürfen nicht zu Zusatzbeiträgen von morgen werden

**Pressemitteilung von Harald Weinberg, 18. August 2014**

**"Die Bundesregierung hat mit ihrem Zusatzbeitrags-Gesetz dafür gesorgt, dass sich Arbeitgeber nicht mehr an Kostensteigerungen im Gesundheitssystem beteiligen. Deshalb werden die heute beginnenden Verhandlungen der Ärzte mit den Krankenkassen auch darüber entscheiden, wie hoch die alleine von den Versicherten zu zahlenden Zusatzbeiträge ausfallen", erinnert Harald Weinberg, gesundheitspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, mit Blick auf den Start der Honorarverhandlungen. Weinberg weiter:**

"Die ärztliche Tätigkeit soll aufgrund der hohen Qualifikation und der langen Ausbildung auch gut honoriert werden. Deshalb gehören Ärztinnen und Ärzte auch zu Recht zu den Spitzenverdienern unter den freien Berufen. Es kann aber nicht sein, dass das monatliche Einkommen der einzelnen Ärztinnen und Ärzte dauerhaft stärker steigt als das Einkommen

derer, die sie finanzieren. In der Vergangenheit war dies bei vielen Arztgruppen der Fall. Das ist auf Dauer insbesondere dann inakzeptabel, wenn die Einkommenssteigerungen der Ärztinnen und Ärzte direkt über Zusatzbeiträge an die Versicherten durchgereicht werden."